

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Verwirklichung des Westsahara-Friedensplanes der Vereinten Nationen

Am 29. April 1991 billigte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig den Westsahara-Friedensplan, der auch die Zustimmung des Königreichs Marokko und der Frente Polisario gefunden hat. Allerdings verzögert sich die fristgerechte Verwirklichung des Friedensplanes erheblich, insbesondere die Abhaltung eines freien, fairen, durch keinerlei militärische, administrative oder andere Zwänge behinderten Referendums über die Frage, ob das Volk der Westsahara die Unabhängigkeit oder die Eingliederung in das Königreich Marokko wünscht.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bedauert die schleppende Umsetzung des Westsahara-Friedensplanes der Vereinten Nationen und sieht hierin eine ernsthafte Gefährdung einer friedvollen Konfliktlösung. Er ist der Auffassung, daß nur die unverzügliche Verwirklichung einer legalen internationalen Lösung, wie sie von den Vereinten Nationen erstrebt wird, ein friedvolles und gedeihliches Miteinander in der Region garantiert.
2. Der Deutsche Bundestag bekräftigt die langjährige personelle, finanzielle und politische Unterstützung des Friedensplanes der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland.
3. Eingedenk dessen fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung in Fortführung und Verstärkung ihrer bisherigen Politik auf,
 - sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die unverzügliche Verwirklichung des Friedensplanes wirksam zu fördern;
 - gegenüber den am Konflikt beteiligten Parteien darauf zu drängen, daß sie den Friedensplan in vollem Umfang anwenden, zügig umsetzen und alle Verpflichtungen einhalten;
 - in Kenntnis des letzten Zwischenberichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Durchführung des Friedensplanes in der Westsahara vom 24. November 1995 sowie der Resolution des Sicherheitsrates Nr. 1033 vom

19. Dezember 1995 alle laufenden Bemühungen der Vereinten Nationen in geeigneter Form zu unterstützen;
- das Parlament im April 1996 über den Stand der Umsetzung des Friedensplanes zu unterrichten.

Bonn, den 7. Februar 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Rudolf Scharping und Fraktion
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion